

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernd Schimmler (SPD)

vom 22. Januar 2004 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Januar 2004) und **Antwort**

Behinderung und Verdienste aus Wirtschaftsbeziehungen mit arabischen Staaten durch einen Berliner Landespolitiker

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Ist es zutreffend, dass auch Berliner Firmen, die mit arabischen Staaten Verträge abschließen, für jede Seite des Vertrages eine „Stempelgebühr“ von acht Euro an die Arabisch-Deutsche Gesellschaft für Handel und Industrie (Ghorfa) zahlen müssen, deren Präsident der Landesvorsitzende der Berliner FDP und wirtschaftlich tätige Multi-Lobbyist Günter Rexrodt ist und sind Pressemeldungen zutreffend, dass diese „Stempelgebühr“ allein antiisrealische Absichten verfolgt?

Zu 1.: Die Arabisch-Deutsche Gesellschaft für Handel und Industrie e.V. (Ghorfa) ist eine renommierte, überwiegend ehrenamtlich handelnde außenwirtschaftliche Beratungsorganisation, die sich für die deutsch-arabischen Wirtschaftsbeziehungen einsetzt. Kein Berliner Unternehmen ist gezwungen, deren Beratungsleistungen, die im Einzelfall honoriert werden müssen, in Anspruch zu nehmen.

2. Ist es weiterhin zutreffend, wie Presse-Erzeugnisse berichten, dass ein Teil dieser Einnahmen, die 2003 1,3 Millionen Euro betragen, zur Finanzierung u.a. der Berliner Niederlassung der König-Fahd-Schule dienen, einer nach ihrer Intention eingeschätzten Kaderschmiede des wahabitischen Fundamentalismus in Europa?

Zu 2.: Die Arabisch-Deutsche Gesellschaft für Handel und Industrie fördert satzungsgemäß Projekte der deutsch-arabischen Zusammenarbeit. Es liegen keine Informationen vor, dass sich darunter extremistische Projektträger befinden.

Berlin, den 10. Februar 2004

In Vertretung

Volkmar S t r a u c h

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Arbeit und Frauen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Februar 2004)